

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 72 (1980)
Heft: 11

Artikel: Festansprache zum hundertjährigen Bestehen des SGB
Autor: Ritschard, Willi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-355012>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Festansprache zum hundertjährigen Bestehen des SGB

Willi Ritschard

Nicht allein der Bundesrat, den ich hier vertrete, unser Land hat viele Gründe, den 100. Geburtstag des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes heute gemeinsam mit Ihnen festlich zu begehen. Unser ganzes Volk schuldet den Gründern und Pionieren der Gewerkschaften Dank. Und Dank verdienen nicht weniger auch alle Frauen und Männer, die mit ihren Verbänden den Gewerkschaftsbund durch seine Geschichte hindurch getragen und gesteuert haben.

Von dieser Dankesschuld hier zu reden, ist kein leeres Wort. Unsere Demokratie – 1848 in der Bundesverfassung verankert – ist erst durch die Arbeit der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung eine glaubwürdige Demokratie geworden. Vorher war dieser Staat eine Sache der andern. Rechtlose Lohnknechte und Proleten konnten den Staat nicht als ihren Staat betrachten. Sie konnten sich an diesem Staate auch nicht beteiligen. Die demokratischen Rechte standen in der Verfassung. Aber für den grössern Teil des Volkes waren sie nicht Wirklichkeit.

Herman Greulich, die markanteste Persönlichkeit aus der Gründungszeit des Gewerkschaftsbundes, hat in einer Rede im Jahre 1899 folgendes festgehalten:

«Eine grosse Kulturaufgabe, vielleicht die grösste unserer Zeit, ist es, die den Gewerkschaften obliegt. Zunächst ist es freilich nur die materielle Lage der Arbeiterklasse, die es zu verbessern gilt. Aber damit heben sich unmittelbar auch die sittlichen und geistigen Kräfte der Arbeiterschaft.

Die Gemeinsamkeit wird wieder erhoben aus dem verödenden Individualismus unserer Tage. Als Glied einer kämpfenden Gemeinschaft erhebt der einzelne sein Haupt. Er wird zu dem, was die Griechen den *Anthropos*, den Aufwärtsstrebenden, der Menschen, nannten. Erst mit der Gemeinsamkeit beginnt für ihn ein höheres Leben, das sich losreissen kann vom Schmutze des Elends und von der niedrigen Gesinnung der Unterdrückten».

Diese Worte Greulichs mögen antiquiert klingen. Ähnlich wie viele Bibeltexte, die für uns auch der Theologe ausdeutschen muss. Greulichs Reden sind keine Bibeltexte. Aber ein Apostel der Arbeiterbewegung war er. Dass der Arbeiter ohne Gewerkschaften im Schmutze des Elends lebte und ein dumpfes Dasein ohne Interessen führte, ist bekannt. Und was er von der geistigen und sittlichen Hebung der Arbeiterschaft, was er von der Gemeinschaft, die den verödenden Individualismus überwindet (man könnte auch sagen Egoismus), auch was er in der gleichen Rede über Brüderlichkeit und Solidarität gesagt hat, hat seine Gültigkeit be-

halten. Es ist – obwohl vor über 80 Jahren ausgesprochen – sogar aktuell geworden.

Gewerkschaften sind Gemeinschaften. Solidarische. Auch der Staat muss eine solidarische Gemeinschaft sein. Die ersten Gewerkschafter galten noch als Staatsfeinde. Teilnehmer an Maiumzügen wurden registriert. Die Herrschenden über den damaligen Staat befürchteten von den Gewerkschaften Unruhe. Der Staat hatte fast nur die Aufgabe, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Besitzende und Satte fürchten immer Unruhe. Das ist auch heute noch so.

Aber Greulich hatte recht. Mit der materiellen Hebung der Arbeiter wandelte sich auch ihre Einstellung zum Staat. Die Lohnverdiener begriffen, dass dieser Staat nicht nur Recht verteilen kann, also nur ein juristischer Staat bleiben müsse. Die Arbeiter wollten nicht nur Recht. Sie wollten *Gerechtigkeit*. Sie wollten einen sozialen Staat. Und irgend einmal – vielleicht war es nach dem Generalstreik – sahen auch jene ein, die den Staat nur als Ordnungsstaat verstanden haben, dass auch Ruhe und Ordnung eine soziale Frage ist. Sie sahen ein, dass man Ruhe und Ordnung nur durch soziale Gerechtigkeit erreichen kann.

Heute ist der Staat längst nicht mehr gewerkschaftsfeindlich. Die Gewerkschaften sind Mitträger, Partner und Berater des Staates geworden. Ein sozialer Rechtsstaat, von dem heute so oft die Rede ist, ist ohne freie Gewerkschaften nicht denkbar. Zur Definition der Demokratie gehört die Existenz von freien und starken Gewerkschaften, die den Arbeitnehmern ihren Anteil am wachsenden Volkseinkommen sichern. Ohne Gewerkschaften hätten wir eine Scheindemokratie wie sie bestanden hat, bevor es Gewerkschaften gab. Ohne die Arbeit der Gewerkschaften hätte auch der Arbeitnehmer unseres Landes den Verlockungen totalitärer Ideologien nicht so gut widerstanden. Und mit rechtlosen, im Elend lebenden Lohnknechten wäre unser Land in den zwei Weltkriegen dieses Jahrhunderts mit weniger Überzeugung verteidigt worden.

Die Demokratie – Greulich wollte das sagen – braucht bewusste, sie braucht denkende Bürger. Bewusst ist aber nur, wer *selbstbewusst* ist. Und es war und ist und bleibt die Aufgabe der Gewerkschaften, dem arbeitenden Menschen Selbstbewusstsein zu geben. Das ist nicht nur Geschichte, auch wenn sich die sozialen Verhältnisse geändert haben. Auch der Arbeiter von heute ist verunsichert. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes wegen Rezessionen, die Angst vor dem Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen, die Angst vor Betriebsschließungen sitzen ihm im Nacken.

Es ist Aufgabe der Gemeinschaft, dem Menschen Angst zu nehmen, soweit eine Gemeinschaft dazu imstande ist. Demokratische Gewerkschaften und demokratische Staaten können solche Gemeinschaften sein. Ein verängstigter Bürger ist kein freier Bürger. Diktaturen arbeiten mit der Angst. Der demokratische Staat muss dem Menschen Angst zu nehmen suchen. Das Mittel ist die Sozialpolitik.

Wer heute nach weniger Staat ruft, diesen Staat nur als reglementieren-

halten. Es ist – obwohl vor über 80 Jahren ausgesprochen – sogar aktuell geworden.

Gewerkschaften sind Gemeinschaften. Solidarische. Auch der Staat muss eine solidarische Gemeinschaft sein. Die ersten Gewerkschafter galten noch als Staatsfeinde. Teilnehmer an Maiumzügen wurden registriert. Die Herrschenden über den damaligen Staat befürchteten von den Gewerkschaften Unruhe. Der Staat hatte fast nur die Aufgabe, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Besitzende und Satte fürchten immer Unruhe. Das ist auch heute noch so.

Aber Greulich hatte recht. Mit der materiellen Hebung der Arbeiter wandelte sich auch ihre Einstellung zum Staat. Die Lohnverdiener begriffen, dass dieser Staat nicht nur Recht verteilen kann, also nur ein juristischer Staat bleiben müsse. Die Arbeiter wollten nicht nur Recht. Sie wollten *Gerechtigkeit*. Sie wollten einen sozialen Staat. Und irgend einmal – vielleicht war es nach dem Generalstreik – sahen auch jene ein, die den Staat nur als Ordnungsstaat verstanden haben, dass auch Ruhe und Ordnung eine soziale Frage ist. Sie sahen ein, dass man Ruhe und Ordnung nur durch soziale Gerechtigkeit erreichen kann.

Heute ist der Staat längst nicht mehr gewerkschaftsfeindlich. Die Gewerkschaften sind Mitträger, Partner und Berater des Staates geworden. Ein sozialer Rechtsstaat, von dem heute so oft die Rede ist, ist ohne freie Gewerkschaften nicht denkbar. Zur Definition der Demokratie gehört die Existenz von freien und starken Gewerkschaften, die den Arbeitnehmern ihren Anteil am wachsenden Volkseinkommen sichern. Ohne Gewerkschaften hätten wir eine Scheindemokratie wie sie bestanden hat, bevor es Gewerkschaften gab. Ohne die Arbeit der Gewerkschaften hätte auch der Arbeitnehmer unseres Landes den Verlockungen totalitärer Ideologien nicht so gut widerstanden. Und mit rechtlosen, im Elend lebenden Lohnknechten wäre unser Land in den zwei Weltkriegen dieses Jahrhunderts mit weniger Überzeugung verteidigt worden.

Die Demokratie – Greulich wollte das sagen – braucht bewusste, sie braucht denkende Bürger. Bewusst ist aber nur, wer *selbstbewusst* ist. Und es war und ist und bleibt die Aufgabe der Gewerkschaften, dem arbeitenden Menschen Selbstbewusstsein zu geben. Das ist nicht nur Geschichte, auch wenn sich die sozialen Verhältnisse geändert haben. Auch der Arbeiter von heute ist verunsichert. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes wegen Rezessionen, die Angst vor dem Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen, die Angst vor Betriebsschließungen sitzen ihm im Nacken.

Es ist Aufgabe der Gemeinschaft, dem Menschen Angst zu nehmen, soweit eine Gemeinschaft dazu imstande ist. Demokratische Gewerkschaften und demokratische Staaten können solche Gemeinschaften sein. Ein verängstigter Bürger ist kein freier Bürger. Diktaturen arbeiten mit der Angst. Der demokratische Staat muss dem Menschen Angst zu nehmen suchen. Das Mittel ist die Sozialpolitik.

Wer heute nach weniger Staat ruft, diesen Staat nur als reglementieren-

teilbar wie das Bekenntnis zur Demokratie selber. Demokratie ist nicht einfach ein Zustand. Demokratie ist Ziel und Lebensprinzip zugleich. Aber auch gesetzlich geregelte Mitbestimmung allein wird nicht alle Probleme lösen. Die Wirtschaft besteht längst nicht mehr aus nationalen Unternehmungen. Es gibt nicht allein den Gigantismus in der Technik, es gibt ihn auch in Kapital- und wirtschaftlichen Machtkonzentrationen. Der Staat und die Organisationen in unserer Gesellschaft erscheinen daneben mehr und mehr als machtlose Gebilde. Wir haben das erlebt bei Firestone. Die Reise von Staats- und von Vertretern der Arbeiterschaft an den amerikanischen Sitz dieser Weltunternehmung konnte die Schliessung der schweizerischen Niederlassung, mit der das Schicksal von 1800 Arbeitnehmern verknüpft war, nicht aufhalten.

Nicht dem Staat allein sind aus dieser Entwicklung heraus neue Aufgaben erwachsen. In den Geburtsakten der Gewerkschaften stand immer auch das Bekenntnis zur weltweiten Solidarität. Sie wurde auch praktiziert. Nicht nur durch die Handwerksburschen, sondern auch durch tätige Hilfe für streikende und unterdrückte Arbeiter, wo immer sie im Kampfe standen. Existiert sie noch, diese Solidarität? Oder gibt es sie nur noch an Kongressen, bei denen Bankett und Ausflug die wichtigsten Traktanden sind? Ich weiss das nicht. Aber eines weiss ich, dass Solidarität nie eine Sache von Worten, sondern immer eine Sache von Taten ist. Es gibt ein weiteres, aktuelles Problem, das für die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung, vielleicht auch darüber hinaus, eine Bedeutung zu erhalten scheint. Ich denke an das Grundrecht der Pressefreiheit und an die Möglichkeit, die Stimme dem ganzen Volke gegenüber erheben zu können. Wenn man vor 100 Jahren und auch lange nachher von Presse-Zensur hörte, dachte man an eine Zensur der Medien durch den Staat. Für die Pressefreiheit kämpfte man auf der Ebene des Staates.

Heute gibt es eine andere Form von Presse-Zensur: jene des Zeitungsbesitzers und jene des Inserenten. Die Pressefreiheit, wie sie die Bundesverfassung garantiert, meint ganz offensichtlich nicht mehr die Freiheit des Journalisten. Sie meint nicht die Gedankenfreiheit, sondern sie meint die Freiheit des Herausgebers der Zeitung. Und der ist auch nicht frei, denn seine Freiheit ist durch jene eingeschränkt, die in seiner Zeitung Inserate aufgeben oder nicht aufgeben oder nicht mehr aufgeben.

Ich kann mir kein Pressegesetz vorstellen, das diese Machteinflüsse auf die öffentliche Meinungsbildung einschränken könnte. Der Macht jener, die hier über ihr Geld Einfluss nehmen können, kann nur die Macht der Konsumenten und der Gewerkschaften entgegengesetzt werden. Und ich würde glauben, dass die Gewerkschaften sich langsam vom Glauben lösen sollten, ihre Verbandszeitungen seien Bestseller, auf deren Erscheinen ihre Mitglieder mit Sehnsucht warten. Verbandszeitungen – nicht nur die der Gewerkschaften – sind Laternen, die oft nicht einmal den eigenen Pfahl beleuchten.

Der Gewerkschaftsbund hat hier neue Aufgaben. Sie liegen im Gesamtinteresse. Die Demokratie leidet Schaden, wenn die Partner der Wirt-

schaft in der Öffentlichkeitsarbeit mit ungleichen Waffen kämpfen müssen.

Ich habe bis jetzt nur von Demokratie und von den materiellen Anliegen der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften gesprochen. Das ist aber nicht alles. Ich weiss zwar sehr wohl, dass der Bürger unseres Landes zunächst an Gesundheit und Sicherheit, an Gerechtigkeit in der Verteilung der Chancen und Güter des Lebens und an Wohlstand interessiert ist. Materielle Wünsche – und daran sind die Gewerkschaften nicht unschuldig – spielen heute eine zentrale Rolle.

Aber wir spüren es heute auf allen möglichen Gebieten, und nicht nur von der demonstrierenden und rebellierenden Jugend: Von materiellen Ansprüchen allein kann der Mensch auf die Dauer nicht leben. Er braucht eine weitergehende Orientierung und er sucht verständlichere Antworten auf Fragen nach dem Sinn und dem Ziel seines Daseins.

Hier steckt der Kern der Frage nach der Motivation, die uns alle seit einigen Jahren bewegt. Eine nur materiell, technisch organisierte Gesellschaft beantwortet sie nicht. Wir investieren immer mehr Geld und Technik in die Bekämpfung der Krankheiten, aber die Aufgabe einer Pflege im menschlichen Sinne lösen wir immer schlechter. Wir basteln immer neue Bildungsstrukturen, aber wir wissen immer weniger, was für ein Mensch dabei herauskommt. In den Verteilungskämpfen streiten wir immer verbissener um grössere Anteile an einem kleiner werdenden Kuchen. Aber die Atmosphäre verschlechtert sich, und beim Menschen wächst dabei die Zukunftsangst.

Selbstverwirklichung ist zur grossen Vokabel geworden. Aber wie macht man das? Befreiung von vermeidbaren und menschenunwürdigen Abhängigkeiten ist dafür nötig. Wir haben hier sicher Fortschritte gemacht. Aber das reicht nicht aus. Der auf sich selber gestellte und befreite Mensch hat damit noch nicht leben gelernt. Auch wenn er materielle Ansprüche stellt und sie auch durchsetzt, verlässt ihn die Suche nach seinem Wert nicht. Ich denke vor allem an Fragen, die sich jüngere Menschen stellen: Wozu bin ich da? Werde ich überhaupt gebracht und wofür? Der Mensch kann sich nicht selber und allein verwirklichen. Ganz sicher nicht mit materiellen Ansprüchen. Es gibt den Bürger nur in seiner Beziehung zum Mitbürger. Den freien Menschen gibt es nur als soziales Wesen. Das ist kein moralischer Appell und auch kein Glaubensbekenntnis. Es ist eine Aussage über die menschliche Natur, die eine zunehmend wachsende Bedeutung gewinnt, besonders bei der Jugend.

Meine Generation war noch stolz auf Zuwachsraten und auf den eigenen Beitrag dazu. Aber ich muss heute gestehen, dass manche Dinge, die das Leben sinnvoll machen, damals zu stark im Hintergrund standen. Die heute 30jährigen empfinden das Bedürfnis, sich von meiner Art zu denken und leben loszusagen. Und wir stehen einfach vor der Frage, ob wir so weitermachen sollen oder können.

Dieser Jugend geben wir nichts, wenn wir auf bisherige Leistungen verweisen. Das Resultat unserer Geschichte – ganz sicher der jüngern

Geschichte – interessiert sie nicht. Die jungen Menschen interessiert weniger das, was sie vorfinden, als das, was sie vermissen. Nicht die Defensive, nicht das Zurückwandern in die Geschichtsbücher hilft uns weiter. Wir müssen die Zukunft in Angriff nehmen.

Selbstverständnis heute darf nicht in der Bestätigung dessen münden, was heute selbstverständlich ist. Wir müssen im Menschen den Mut zum Unbekannten von morgen stärken.

Ich bin nicht berufen, gewerkschaftliche Zielsetzungen zu entwickeln. Sie stehen im neuen Programm. Aber ich habe gesagt, was ich für notwendig halte: *Die Gewerkschaften müssen dem arbeitenden Menschen die Angst nehmen. Sie müssen sein Selbstvertrauen und das Selbstbewusstsein stärken. Sie müssen ihm Hoffnung geben.*

Das ist nichts Spektakuläres. Aber es richtet sich an die Menschen. Und letztlich – wir spüren es heute in allem Wohlstand und bei den grossen Leistungen, auf die der Gewerkschaftsbund zurückblicken darf – letztlich zählt immer nur der Mensch.